

**Unterfinanzierung der Krankenhäuser**

Seite 2

**Wohnungspolitik in Stuttgart**

Seite 3

**Aufruf zu "Kein Tag der Bundeswehr"**

Seite 4

**Das Stuttgarter Gesundheitswesen – wie krank ist das denn?**



**Fragen an die DKP-Bundestagswahl-Kandidatin Monika Münch-Steinbuch**

Narkoseärztin im Ruhestand, Ver.di-Mitglied und 32 Jahre Personalrätin im Klinikum Stuttgart.

**Bei den Beschäftigten in den Krankenhäusern wächst der Widerstand gegen ihre Arbeitsbedingungen, ver.di fordert einen „Tarifvertrag Entlastung“ für die Pflegekräfte in der Gesundheitsversorgung. Was ist der Hintergrund?**

Schon im Jahr 2004 wurde durch die Regierungskoalition von SPD und Grünen unter Kanzler Schröder das GKV\*-Modernisierungsgesetz eingeführt mit dem Ziel, die Beiträge zu den gesetzlichen Krankenversicherungen und damit die Lohnnebenkosten zu senken.

Die Anzahl der Krankenhausbetten und Krankenhäuser in Deutschland sollte systematisch reduziert werden: Von 2400 Kliniken sind schon fast 500 mit über 120000 Betten geschlossen. Dies sollte natürlich nicht den politisch Verantwortlichen angelastet werden wegen möglicher Widerstände aus der Bevölkerung, sondern durch ein

perfides Dumpingsystem (DRG-, also Fallpauschalensystem) über eine systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser erreicht werden. Die Weigerung der Länder, die Investitionskosten der Kliniken zu übernehmen, hat zu einem Investitionsstau von 6 Mrd. Euro geführt. Das heißt, der wirtschaftliche Ruin von Krankenhäusern wurde bewusst in Kauf genommen. 54,3% der Krankenhäuser schrieben dadurch 2011 schon rote Zahlen.

Der wirtschaftliche Druck auf die Krankenhäuser in öffentlicher Hand und die gesetzliche Erlaubnis, im Krankenhaus Gewinne zu machen, führten zur explosionsartigen Entwicklung von privatwirtschaftlichen Krankenhauskonzernen: HELIOS ist inzwischen der größte Krankenhauskonzern Europas mit 44000 Betten und 68000 Beschäftigten. ASKLEPIOS, gegr. 1987, hat sich sämtliche öffentliche Krankenhäuser Hamburgs einverleibt – gegen das Votum einer Volksabstimmung. Die RHÖN-Kliniken AG hatte 1989 noch 630 Beschäftigte, 2006 schon 30000 Beschäftigte. Die SANA AG macht sich in Stuttgart breit: Mit dem Bethesda-Krankenhaus hat sie die 4. Stuttgarter Klinik eingesackt.

Fortsetzung Seite 2

**Gesundheit als Ware?**



\* Gesetzliche Krankenversicherung

**Kriegshauptstadt Stuttgart: Offener Brief Nr. 2**

**der DKP-BundestagskandidatInnen aus Stuttgart an OB Kuhn und Ministerpräsident Kretschmann**

Sehr geehrter Herr Kretschmann, sehr geehrter Herr Kuhn, beim diesjährigen Ostermarsch für Frieden und Abrüstung sind wir uns leider, aber erwartungsgemäß, nicht begegnet.

Vor gut drei Monaten haben Sie unseren ersten Offenen Brief zum AFRICOM und zum Drohnenkrieg aus Stuttgart erhalten.

Heute wenden wir uns an Sie wegen der anderen, für den Weltfrieden noch bedrohlicheren US-Kommandozone in Stuttgart: das EUCOM.

Vom EUCOM werden alle US-Atomwaffen in Europa befehligt. Wie Sie sicher wissen, werden diese gerade „modernisiert“. Deutsche Tornado-Jets sollen als Träger technisch angepasst werden.

Dazu passt auch, dass die Bundesregierung die aktuellen Verhandlungen der UNO über ein weltweites vollständiges Verbot von Atomwaffen boykottiert, und zwar mit der seltsamen Begründung, dass der seit 1970 existierende Vertrag zum Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen „geschwächt“ würde. Die „sozial-liberale Koalition“ wusste 1973 nichts Besseres, als den Atomwaffensperrvertrag nur unter der Bedingung einer Mitverfügung über Atomwaffen zu unterzeichnen, d.h. das Mitspracherecht beim Einsatz von in der BRD stationierten Atomwaffen.

Nun gibt es vom 15. Juni bis zum 7. Juli in einer weiteren Verhandlungsrunde der UN die Möglichkeit für die Bundesregierung, von dieser verantwortungslosen Haltung abzurücken und sich dem weltbedrohlichen Diktat der USA und der NATO zu entziehen, um zu verdeutlichen: Wir zündeln nicht mit im eigenen Pulverfass!

Fortsetzung Seite 3

Die Gewinne der Krankenhauskonzerne liegen bei 10-15% - Zweckentfremdung von Kassenbeiträgen zur Freude der Anteilseigner!

**Welche Auswirkungen hatte diese Umstellung auf Patienten und Beschäftigte?**

Beide geraten immer mehr in Not:

Sowohl Ärzte wie Pflegekräfte als auch die Krankenhausverwaltungen werden bis in untere Hierarchieebenen in die ökonomische Verantwortung genommen und in Gewissenskonflikte getrieben zwischen medizinischer und pflegerischer Anforderung durch die Kranken und den verknappten Ressourcen, d.h. zwischen Berufsethos und ökonomischem Druck „von oben“.

Sowohl Ärzte als auch Pflegepersonal werden wegen der Ökonomisierung mit ausufernden Dokumentationsverpflichtungen belastet. Krankenhausverwaltung und EDV-Ausstattung mussten enorm ausgeweitet werden.

Leistungsausweitung in diesen Bereichen in Verbindung mit Abbau von qualifiziertem Personal in der stationären Pflege führen zu dramatischen Überlastungssituationen. Allein im Klinikum Stuttgart gingen 2016 über 1000 Überlastungsanzeigen ein.

Patienten werden möglicherweise aufgrund des ökonomischen Drucks und der Überlastung des Personals schlechter behandelt oder fragwürdigen medizinischen Indikationen (z.B. Kaiserschnitt) ausgesetzt. Patienten werden in akutmedizinisch behandlungsbedürftigem Zustand in die Reha entlassen. Insgesamt nimmt die Gefährdung der Patienten durch den „reformierten“ Klinikumsbetrieb nicht ab sondern zu.

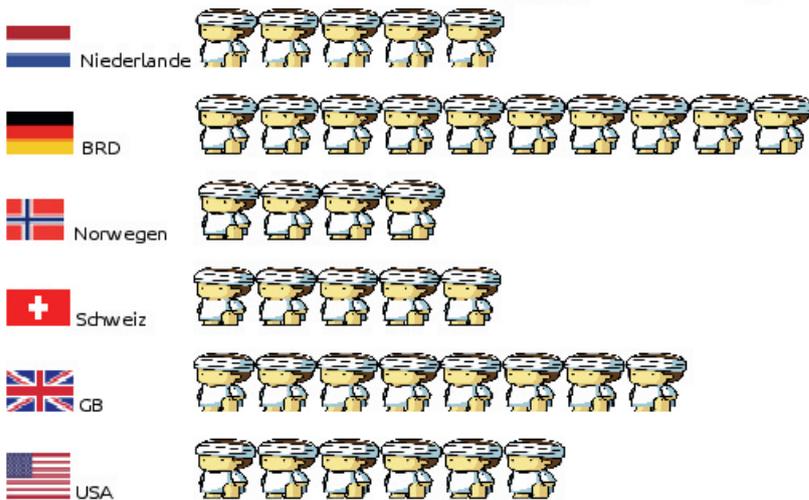
**Was fordert die DKP?**

Nicht Rüstung, Bundeswehr und Kriegeinsätze, nicht Polizei und Verfassungsschutz, sondern Bildung und Gesundheitsversorgung müssen staatliche Kernaufgabe werden.

- Abschaffung privatkapitalistischer

# 162000 Arbeitskräfte fehlen in unseren Kliniken

**INTERNATIONALER VERGLEICH: So viele Patienten muss eine Pflegekraft in der Tagesschicht versorgen ...**



## PERSONALMANGEL TÖTET

**Nur 1 PatientIn mehr pro Pflegekraft (z.B. 7 statt 6) erhöht die Wahrscheinlichkeit für stationäre PatientInnen, innerhalb der ersten 30 Tage nach Aufnahme im Krankenhaus zu sterben, um 7 Prozent (Aiken 2014).**

Wirtschaftsformen im Gesundheitswesen, gesetzliches Verbot von Gewinnerzielung bzw. Profitmacherei im Gesundheitswesen.

- Krankenhäuser zurück in öffentliche Hand; verbindlicher Zeitplan zur Auflösung des Investitionsstaus.
- Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs) und Finanzierung der tatsächlichen Kosten nach dem Selbstkostendeckungsprinzip.
- Verstaatlichung der Klinikkonzerne, der Pharma- und Medizingeräteindustrie
- Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung, die sich am Versorgungsoptimum für die Patienten orientiert, an den Vorgaben der Fachgesellschaften und an den Anforderungen

menschlicher Arbeitsbedingungen im Krankenhaus

- Vollständige Refinanzierung gewerkschaftlich erstrittener Tarifierhöhungen anstatt Arbeitsverdichtung und Arbeitsplatzabbau

**Was kann man als Bürger und Patient tun, um den Widerstand der Kolleginnen und Kollegen in der Pflege zu unterstützen?**

Aktuell steht die bundesweite Auseinandersetzung von Ver.di um den "Tarifvertrag Entlastung" an. Unseren Beitrag als DKP sehe ich in der betrieblichen und außerbetrieblichen Unterstützung dieser Kämpfe. Es geht um Aufklärung über die Ursachen der Misere und die Organisation des Protestes potentieller Patienten, der ganzen Bevölkerung. Immerhin 18,8 Millionen, fast ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik wurde 2013 in den Krankenhäusern stationär behandelt. In Stuttgart hat sich ein Bündnis gebildet, das seine Solidarität mit den im Krankenhaus Beschäftigten in Veranstaltungen und Aktionen zum Ausdruck bringen will.

So werden unter den Baden-Württemberger Appell für mehr Krankenhauspersonal Unterstützungsunterschriften gesammelt – bisher mehr als 10 000!

**Der Skandal der Unterfinanzierung**

Seit etwa 1996 weigern sich die Bundesländer, ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Finanzierung von längerfristigen Investitionsgütern in Krankenhäusern im erforderlichen Umfang nachzukommen. Inzwischen ist ein Investitionsstau von 6 Mrd. Euro aufgelaufen.

Die Folge ist: Notwendige Baumaßnahmen werden aus den DRG-Erlösen, aus Krankenkassengeldern finanziert, die eigentlich für die laufende Patientenversorgung zur Verfügung stehen sollen ... Baustellen werden mit Personalstellen finanziert ...

162 000 Arbeitskräfte fehlen nach einer bundesweiten Erhebung der Gewerkschaft Ver.di in den Krankenhäusern, davon allein ca. 70000 Pflegekräfte. Reinigungskräfte werden ausgegliedert und noch unter Billigtarif bezahlt, Laborpersonal und Physiotherapie ebenfalls, selbst Arztstellen werden nicht mehr ausreichend besetzt.

# Wohnungsbaupolitik in Stuttgart - sozial geht anders!

Laut einer vom Institut der Deutschen Wirtschaft im Februar veröffentlichten Studie wird in Stuttgart im Vergleich mit anderen Großstädten am wenigsten für die Wohnraumversorgung getan. So beträgt der Baubedarf in Stuttgart bei ständig steigender Einwohnerzahl 5170 Wohnungen pro Jahr, demgegenüber wurden in den letzten Jahren durchschnittlich nur 1300 Wohnungen pro Jahr gebaut, und die Stadt hält nach wie vor an ihrem Neubauziel von lediglich 1800 Wohnungen pro Jahr fest. Während in Hamburg 96 Euro pro Einwohner, in München sogar 118 Euro pro Einwohner für geförderten Wohnungsbau ausgegeben werden, gibt die Stadt Stuttgart gerade mal 14,50 Euro pro Einwohner aus.

## Asoziale Wohnungspolitik

Damit kommt sie ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge nicht nach, treibt sie Mieten und Immobilienpreise in die Höhe. Immobilienunternehmen profitieren, dafür bleiben die weniger zahlungskräftigen Mieter auf der Strecke. Dies trifft u.a. auch die dringend benötigten - aber miserabel bezahlten - Beschäftigten im Pflegebereich, die oft keine Stelle in Stuttgart annehmen, da sie sich hier keine Wohnung leisten können. Viele werden in die Randlagen oder Vororte vertrieben und tragen dann als Pendler zur Verkehrs- und Feinstaubbelastung in Stuttgart bei. Sieht so grüne Kommunalpolitik aus, die „Für Stuttgart, nicht für Investoren bauen“ will, wie OB Kuhn in seinem Wahlkampf plakatieren ließ?

## Fortsetzung Offener Brief von Seite 1

Mit den modernisierten zielgenaueren US-Atombomben, die von Stuttgart aus befehligt werden, soll Russland provoziert und erpresst werden (mit Hilfe der Illusion eines „führbaren“ Atomkriegs als Drohung).

Vom EUCOM aus wurde überdies auch die Verlegung von US-Soldaten, Panzern und Artillerie in Richtung Osteuropa koordiniert, ebenfalls eine Provokation der Atommacht Russland.

Stuttgart ist damit nicht nur Kriegszentrale sondern auch die europäische Frontstadt bei der Vorbereitung eines großen Krieges gegen Russland! Stuttgart würde zur vorrangigen Zielscheibe eines atomaren Zweitschlags. Für uns in Europa, in Deutschland und erst recht in Stuttgart wäre dies das sichere Ende!

## Sozialer Wohnungsbau auf Talfahrt

Von den laut OB Kuhn jährlich neu zu bauenden 1800 Wohnungen sollen 600 städtisch gefördert sein, davon „sogar“ 300 als Sozialwohnungen. Allerdings sind 2014 gerade mal 14 Sozialwohnungen bezugsfertig geworden, 2015 waren es immerhin 62. Dafür war unter den 57 geförderten Wohnungen, die 2016 bezugsfertig wurden, keine einzige Sozialwohnung dabei. Seit 1992 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Stuttgart insgesamt von 22000 auf 16000 gesunken, jährlich fallen etwa 450 weitere Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus.

## Mietpreistreiber SWSG

Und die „Sozial“-mieten beim städtischen Wohnungsunternehmen SWSG

reichen von 7,50 Euro bis neun Euro pro Quadratmeter. Mit Betriebskosten ergibt das für eine Drei-Zimmer-„Sozial“-Wohnung eine Kaltmiete von bis zu 800 Euro. Ein Antrag von SÖS/Linke-PluS im Gemeinderatsausschuss für Wirtschaft und Wohnen, diese Mieten auf unter 7,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen, wurde am 12.5. unter Protest der anwesenden Mieterinitiativen von Grünen/CDU/ Freie Wähler/ AfD/FDP

Das Ganze wird weder friedlicher noch „ökologischer“, wenn im neuen Weißbuch der Bundeswehr zu lesen ist, dass man bereit ist, „die globale Ordnung mitzugestalten“ und „Führung zu übernehmen“ bis zu der Forderung im Berliner Tagesspiegel „Deutschland braucht Atomwaffen“. Der Dichter Bertolt Brecht schrieb: „Der Schoß ist fruchtbar noch“, und wie man sieht am rechten Sumpf und den Anschlagplänen in der Bundeswehr, hatte er recht.

Stuttgart – Großstadt zwischen Wald und Reben? Die Idylle ist vorbei!

Es ist höchste Zeit, Verantwortung für den Frieden zu übernehmen, auch und erst recht als „mayor for peace“! \* Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland seinen Boykott gegenüber den UN-Verhandlungen über ein weltweites voll-



abgelehnt.

Es liegt in den Händen der Stadt, endlich den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben und damit auch der Mietpreis-Explosion in Stuttgart entgegen zu wirken. Allerdings müsste man sich dazu mit der Immobilien-Lobby anlegen und die Großunternehmen zur Finanzierung in die Verantwortung nehmen. Geld ist genug da ...



ständiges Atomwaffenverbot aufgibt! Ergreifen Sie Initiative, dass die Stationierungsverträge für das AFRICOM und das EUCOM gekündigt werden, dass diese Kriegszentralen geschlossen und auf den Flächen dringend benötigte Sozialwohnungen gebaut werden!

Mit trotz allem freundlichen Grüßen die Stuttgarter BundestagskandidatInnen der DKP

Andreas Grimm

Kornelia Lopau

Monika Münch-Steinbuch

\*Mayors for Peace (engl.): Bürgermeister für den Frieden, internationale Organisation von Städten, die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, verschrieben haben. Die Organisation wurde 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet.



**Jetzt 4 Wochen  
kostenlos  
probelesen!**

Name  Vorname

PLZ / Ort / Straße Nr.

E-Mail

Com mPress-Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

## Einladung zu den Treffen der DKP

### Gruppe Nord:

Di. 06.06.2017, Di. 20.06.2017,  
Di. 04.07.2017 und Di. 18.07.2017  
19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach,  
1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI,  
Eingang Roserplatz  
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

### Gruppe Cannstatt:

Di. 13.06.2017 und Di. 11.07.2017,  
19.00 Uhr, Gaststätte Äquator,  
Kreuznacher Str. 57, Cannstatt  
(Nähe Wilhelmsplatz)

### Gruppe Gesundheitswesen:

Di. 30.05.2017:

Gesundheit als Ware - Widerstand gegen  
neoliberale "Gesundheits"politik

Di. 20.06.2017:

100. Jahrestag der Oktoberrevolution  
und Di. 27.06.2017

jeweils um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum  
Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105,  
Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-  
Schöttle Platz)

### Gruppe Süd:

Zu erreichen über:

[sued@dkp-stuttgart.org](mailto:sued@dkp-stuttgart.org)

## PEPERONI- PFINGSTCAMP 15.-18. Juni FERIENLAGER 29. Juli - 12. August



## Reich gegen Arm – Wir schlagen Alarm!

So lautet unser Jahresthema 2017. Die Zahl der Superreichen in Deutschland steigt, aber jedes fünfte Kind lebt in Armut – hier bei uns. Warum gibt es im reichen Deutschland überhaupt Armut? Und warum sind so viele Kinder davon betroffen? Was können wir tun, damit alle Menschen die gleichen Chancen haben? Diesen und anderen Fragen wollen wir nachgehen und gemeinsam mit allen TeilnehmerInnen nach Antworten suchen.

Infos und Anmeldung unter [www.rotepeperoni.de](http://www.rotepeperoni.de)

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906 BIC: SOLADEST600

# KEIN TAG DER BUNDESWEHR

Die Bundeswehr feiert sich am 10. Juni 2017 an über 16 Standorten deutschlandweit selbst. Sie nutzt das Event „Tag der Bundeswehr“, um für die Zustimmung zu ihren Einsätzen zu werben und bereits Kinder für das Soldatenleben zu begeistern. Für diesen Zweck wird das Militär ein umfassendes und teures Programm mit aufwändigen Bühnen- und Technikshows sowie gezielter Kinderunterhaltung auffahren. Lassen Sie sich nicht blenden!

### Die Bundeswehr hat allen Grund mit dieser Show von erschreckenden Zahlen abzulenken:

So soll zum Beispiel die Bundeswehr um 30.000 SoldatInnen auf 200.000 aufgestockt werden. In diesem Jahr wird der Verteidigungshaushalt von 34 auf 37 Milliarden Euro anwachsen, mittelfristig ist sogar von 60-70 Milliarden Euro pro Jahr (!) die Rede (zum Vergleich kostete die Elbphilharmonie nur 0,8 Mrd. Euro). Bis 2030 sind zusätzliche als reine Rüstungsinvestitionen 130 Milliarden Euro geplant und allein in diesem Jahr werden fast 2.000 junge Menschen rekrutiert, die noch minderjährig sind, um die großen Personallücken um jeden Preis zu stopfen.

2017 findet der Tag der Bundeswehr auch in Dornstadt bei Ulm statt. SoldatInnen in der Rommelkaserne – die in den letzten Jahren für 46 Millionen Euro renoviert wurde, waren in der Vergangenheit an zahlreichen Auslandseinsätzen beteiligt: im Kosovo, in Bosnien sowie in Afghanistan. Zudem wurden Einsätze im Sudan, in Georgien, im Libanon, in der Türkei und in Mali unterstützt – Dornstadt ist ein Rad in der Kriegslage.

Helfen Sie mit, der Bundeswehr einen Strich durch die Rechnung zu machen!

# KEIN TAG DER BUNDESWEHR

### An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr

Veranstaltung mit Michael Schutze von Glaser

Termin: Dienstag, 30.05.2017 | 19:30 Uhr

Eintritt frei

Stuttgart, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105

Termin: Mittwoch, 31.05.2017 | 19:00 Uhr

Eintritt frei

ULM, VHS Ulm, EinsteinHaus, Club Orange, Kornhausplatz 5; in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg Stiftung

### Am 10. Juni 2017 ab 10:00 Uhr wird es bunte Proteste in Dornstadt bei Ulm geben.

Eine Kundgebung und vier Mahnwachen rund um das Militärgelände sind bereits angemeldet. Die Hauptkundgebung wird vor den Toren der Rommel-Kaserne stattfinden. Alle sind herzlich eingeladen teilzunehmen. Ihr werdet mit euren Ideen, eurer Stimme und für den Frieden gebraucht!

**Businfo:** Karten für die Fahrt am 10.6. nach Dornstadt/Ulm zu den Protesten, gibt es im Linkes Zentrum Lilo Herrmann und bei der DFG-VK, Denkmacherei Werastraße 10, 70182 Stuttgart für 10,00 Euro.

Bei Rückfragen bitte an: [stuttgart@dfg-vk.de](mailto:stuttgart@dfg-vk.de)